



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen	3
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitik	7
	Außenpolitik	7
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Innenpolitik	8
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -

www.facebook.com/FEScyprus

www.fescyprus.org

1. Das Zypernproblem

Am 19. August stimmten die türkischen und griechischen Zyprioten der Ernennung des ehemaligen norwegischen Ministers Espen Barth Eide zum Sonderberater des UN-Sekretariats für das Zypernproblem zu. Die Ernennung stand nach dem Rücktritt von Alexander Downer am 11. Februar aus. Während der letzten Monate füllte Lisa Buttenheim in ihrer Funktion als Missionsleiterin und Repräsentantin des UN-Generalsekretärs die Position als UN-Sonderberaters aus.

Eide wird zwischen dem 5. und 8. September in Zypern erwartet. Aufgrund dieser Entwicklungen wurde das Treffen der beiden Volksgruppenvertreter, das ursprünglich für den 2. September geplant war, verschoben.

Am 26. August hielten der griechisch- und der türkisch-zypriotische Verhandlungsführer, Andreas Mavroyiannis bzw. Kudret Özersay, ihr erstes Treffen nach der Sommerpause ab. Die Verhandlungsführer tauschten sich über die Methode und Vorgehensweise bei der Vorbereitung des geplanten Treffens der beiden Volksgruppenvertreter aus. Des Weiteren wurde die Rolle der UN in der nächsten Phase erörtert, insbesondere mit Blick auf den neu ernannten Sondergesandten Espen Barth Eide. Außerdem sollen die Verhandlungen an sich und die festgefahrenen Positionen beider Seiten thematisiert werden.

Präsident Nicos Anastasiades traf sich mit Cemal Özyigit, dem Vorsitzenden der türkisch-zypriotischen Sozialdemokratischen Partei DTP

und den Parteimitgliedern Deniz Birinci und Zeki Celer. Sie erörterten vertrauensbildenden Maßnahmen. Özyigit sagte in diesem Zusammenhang, dass er als Gegenleistung für die Rückgabe von Varosha direkte internationale Flüge nach Ercan und die Öffnung des Hafens von Famagusta für den internationalen Handel befürworte. Des Weiteren wurden die politischen Veränderungen in der Türkei nach der Wahl Recep Tayip Erdogans zum Präsidenten diskutiert.

Ein Glückwunschsreiben von Präsident Anastasiades wurde durch den griechischen Außenminister Evangelos Venizelos während seines Besuches in Ankara an Erdogan weitergeleitet. Anastasiades forderte einen persönlichen Beitrag des türkischen Präsidenten zur Lösung der Zypernfrage. In ähnlicher Weise mahnten die Präsidenten des Europarates und der Europäischen Kommission, Herman Van Rompuy bzw. Jose Manuel Barroso, in ihrem Glückwunschsreiben an den neu gewählten türkischen Präsidenten nachdrücklich, dass Erdogan die Bemühungen bei der Suche nach einer Lösung der Zypernfrage unterstützen solle. Erdogan wird für den 1. September in Zypern erwartet.

Während seiner Ansprache auf dem zum 25. Mal stattfindenden jährlichen Treffen des internationalen Zentralrates des Koordinationskomitees `Gerechtigkeit für Zypern` (PSEKA) forderte der amerikanische Botschafter John Koenig ebenfalls von der Türkei, sich für eine Lösung bei der Zypernfrage einzusetzen. Koenig sagte, dass die Wiedervereinigung Zyperns weiterhin ein Hauptziel der USA sei. PSEKA-

Präsident Philip Christopher gab auch bekannt, dass während des Besuches von Anastasiades in den USA, wo er Anfang September an der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York teilnehmen wird, mehrere Treffen geplant seien.

Beim einem Treffen zwischen dem Präsidenten und den Vorsitzenden der verschiedenen politischen Parteien am 1. August gab es bei zwei Punkten einen seltenen Moment der Übereinstimmung: zum einen bei der Ablehnung der von den türkischen Zyprioten vorgelegten Roadmap für die Friedensgespräche und zum anderen bei der Weigerung, in die dritte Phase des Prozesses des Gebens und Nehmens einzutreten. Des Weiteren wurde eine dreitägige Konferenz des Nationalen Rates hinsichtlich des weiteren Vorgehens in der Zypernfrage für Anfang September angesetzt.

Am 14. August jährte sich zum 40. Mal die zweite Phase der türkischen Invasion von 1974, welche nach dem Scheitern der zweiten Verhandlungsrunde in Genf stattfand. Während dieser zweiten Phase stieß die türkische Armee im Osten bis nach Varosha und im Westen bis nach Morfou vor, was zu einer faktischen Teilung der Insel führte.

Die Stelios Philanthropic Foundation kündigte den sechsten Wettbewerb des sogenannten Stelios Award for Business Cooperation in Zypern an, welcher die Zusammenarbeit zwischen griechisch- und türkisch-zypriotischen Unternehmen fördert. Bis zu zehn Preise in Höhe von je 10.000 Euro werden an jene Teams vergeben, die am besten bi-kulturelle Team-

arbeit und gegenseitiges Vertrauen in ihrer Zusammenarbeit demonstrieren. Die Preise werden Mitte Oktober vergeben.

2. Gasvorkommen

Am 18. August besuchte Energieminister Yiorgos Lakkotrypis Kairo als Teil einer Serie von Treffen in verschiedenen Ländern, bei denen Gespräche über Zyperns Gasvorkommen geführt werden sollen. Der Besuch fand vor dem Hintergrund des Treffens der Präsidenten beider Länder in New York am Rande der UN-Hauptversammlung statt.

Während seines Besuches traf Lakkotrypis seinen ägyptischen Amtskollegen Sherif Ismail. Lakkotrypis und Ismail leiteten gemeinsam ein Treffen des gemeinsamen zypriotisch-ägyptischen technischen Gasausschusses, auf dem der weitere Kurs und die Planung beider Länder im Hinblick auf die Suche nach und Förderung von Gasvorkommen in den jeweiligen ausschließlichen Wirtschaftszonen sowie eine verstärkte strategische Zusammenarbeit beider Länder in Energiefragen besprochen wurde. Lakkotrypis sagte, dass Nikosia konkrete Gespräche mit Kairo über den möglichen Verkauf von Gas an Ägypten führen wolle, sobald die ersten Ergebnisse aus den Explorationstätigkeiten von ENIKOGAS in den Blöcken 2, 3 und 9 vorlägen. Der Minister wiederholte auch, dass der Bau eines Gasverflüssigungsterminals (LNG-Terminal) an Land weiterhin von höchster Priorität für Nikosia sei.

In diesem Zusammenhang berief die Regierung eine Gruppe von Technokraten und offiziellen Vertretern der Regierung, um in die Verhandlungen mit ENI-KOGAS und Total einzutreten. Das Ziel sei eine Vereinbarung über den Bau und Betrieb eines LNG-Terminals in Vasilikos. Es wird davon ausgegangen, dass das von dem italienisch-südkoreanischen Konsortium und Total unterzeichnete Memorandum of Understanding sich nicht ausschließlich auf eine sich an Land befindliche Verflüssigungsanlage beschränkt, sondern auch die Sondierung anderer Optionen, wie z.B. eine schwimmende LNG-Anlage beinhaltet. Im Gegensatz dazu zielen die Verhandlungen mit Noble und Delek ausschließlich auf den Bau einer sich an Land befindlichen LNG-Anlage ab.

Zwischenzeitlich zeichnete sich ab, dass sich die israelische Delek Group, ein Favourite auf die Lieferung von Gas an Zypern, aus dem Geschäft aufgrund von Schwierigkeiten bei ihren israelischen Aktivitäten zurückziehen könnte. Deleks Partner im Leviathan Feld, Noble Energy, gab kürzlich bekannt, dass sich die endgültige Entscheidung zur Erschließung des Feldes verschieben werde. Ursprünglich sollte Noble den Plan zur Erschließung für Leviathan im September bekannt geben. Im Moment steht noch kein definitives Datum fest. Frühere Planungen sahen vor, dass das Leviathan-Feld 2017 an eine Pipeline angeschlossen werden sollte. Es scheint daher unwahrscheinlich, dass Zypern Gas aus diesem Feld zum erwarteten Zeitpunkt erhalten wird, was Deleks Angebot fraglich erscheinen lässt. Die Ausschreibung von Zyperns Natural Gas Public Company (DEFA) bezieht sich auf eine jährliche Gaslieferung im Umfang von 0,7

bis 0,95 Milliarden Kubikmeter in zwei Chargen Anfang 2016 und in der zweiten Hälfte 2017.

Anfang August gab die DEFA die Auswertung aller vorliegenden Angebote bekannt. Nun werde man in direkte Verhandlungen mit mehreren Anbietern treten, u.a. mit dem holländischen Energieunternehmen Vitol, einem Konsortium unter der Führung des staatlichen aserbaidjanischen Gasunternehmens Socar sowie dem griechischen Konsortium M&M.

In der Zwischenzeit haben Israels Partner im Leviathan-Feld, Delek Drilling, Avner Oil Exploration und Noble Energy ein unverbindliches Angebot über Gaslieferungen an das von British Gas betriebene ägyptische Gaswerk in Idku durch eine Unterwasser-Pipeline unterbreitet. Das Angebot beläuft sich auf 30 Milliarden US Dollar.

Die Regierung kündigte an, dass sie bei der UN und der EU Beschwerde gegen die Türkei einlegen werde, da sie vom 24. August bis zum 2. Oktober das Forschungsschiff Barbaros Hayreddin Pascha in das Gebiet vor der Karpas Halbinsel entsandt habe. Die Entsendung der Barbaros kurz vor dem Besuch Erdogans im Norden wird als schlechtes Vorzeichen gewertet.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Der hohe Anteil fauler Kredite, die nahezu 45% des gesamten Kreditvolumens ausmachen, ist eine wesentliche Gefahr für die finanzielle Stabilität der zypriotischen Banken. Ein von der Troika¹ gefordertes Gesetz zur Regelung von Zwangsvollstreckungen muss verabschiedet werden, damit die Banken mit Hypotheken belastetes Eigentum, dessen Besitzer in Zahlungsverzug geraten sind, versteigern können. Die Bemühungen von Seiten der Regierung, den gegenwärtigen Stillstand bei der Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes zu beenden, waren bis zum 29. August erfolglos. Zu diesem Zeitpunkt ließ die Regierung die Bereitschaft erkennen, dass sie die von den anderen politischen Parteien geforderten Ergänzungen zum dem vorgeschlagenen Gesetz, entgegen früherer gegenteiliger Aussagen, berücksichtigen wolle. Die für den 1. September geplante Sitzung des Parlaments wurde in Folge bis auf weiteres verschoben, um eine Reihe von Gesetzesvorlagen zu diskutieren. Dies gibt den politischen Parteien zusätzliche Zeit, um einen Konsens zu erreichen, dem die Mehrheit der im Parlament vertretenen Parteien zustimmen kann.

Die neue Gesetzesvorlage soll Zwangsvollstreckungen beschleunigen. Obwohl der erste Wohnsitz bis zum 1. Januar 2015 von dem

neuen Gesetz ausgenommen sein soll, rief das vorgeschlagene Gesetz große Bedenken innerhalb der Oppositionsparteien AKEL, DIKO und EDEK hervor. Diese fordern, dass die Ausnahmeregelung für jedes mit Hypotheken belastete Eigentum bis Anfang 2015 gelten soll. Außerdem fordert die Opposition, dass das Gesetz zur Zwangsvollstreckung erst dann in Kraft treten soll, wenn ein weiteres Gesetz zur Regelung der Zahlungsunfähigkeit verabschiedet worden ist. In jedem Fall muss die Troika den Gesetzesergänzungen zustimmen. Die Troika möchte jedoch nicht, dass das Gesetz derart verwässert wird, dass es den Banken nicht möglich ist, gegen zahlungsunfähige Kreditnehmer, vor allem gegen große Schuldner, vorzugehen. Eine schon in das Gesetz eingebaute Ergänzung erlaubt es Banken, zur Zwangsvollstreckung freigegebenes Eigentum nach 12 Monaten zum vollen Schätzpreis zu erwerben.

Die Troika gewährte dem Parlament eine einwöchige Verlängerung, um über die Gesetzesvorlage abzustimmen. Damit Zypern die nächste Auszahlung aus dem Rettungspaket erhält und somit womöglich folgenschwere Konsequenzen vermieden werden, muss das Gesetz noch vor dem nächsten Eurogruppentreffen Mitte September verabschiedet werden.

Innerhalb der Bank of Cyprus (BoC) ergaben sich neue Entwicklungen, als am 28. August die Aktionäre mit großer Mehrheit für eine Kapitalerhöhung in Höhe von einer Milliarde Euro zustimmten. Dies ist in der Geschichte Zyperns die größte ausländische Direktinvestition. 87% der derzeitigen Aktionäre stimmten der Erhöhung zu. Dies bedeutet für die Bank

¹ Die Troika besteht aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Kommission.

den Beginn einer neuen Ära. Die Erhöhung vergrößert das Eigenkapital der Bank vor dem EU-weiten Stresstest und beschleunigt die Gesundung der BoC. Die alten Aktionäre der BoC stimmten gegen die Erhöhung, da deren Anteile weiter verkleinert werden. Das Bezirksgericht Nikosia hatte den Antrag auf Verhinderung der Kapitalerhöhung durch die alten Aktionäre abgelehnt.

Einem von der Ratingagentur Moody's am 6. August veröffentlichten Bericht zufolge, ist Zypern auf mittlere Sicht immer noch einem erhöhten Ausfallrisiko ausgesetzt trotz der guten Ergebnisse bei der Umsetzung des Rettungsprogramms. Außerdem bemängelte die Agentur, dass der hohe Anteil der faulen Kredite die größte Herausforderung für die zypriotische Regierung darstelle.

Die BoC und die Hellenic Bank kündigten zusätzliche Maßnahmen an, um jenen Kunden, die sich aufgrund der Rezession in Zahlungsschwierigkeiten befinden, entgegen zu kommen. Von den Maßnahmen zur Erleichterung bei der Kreditrückzahlung sollen vor allem Arbeitslose, Familien mit niedrigem Einkommen sowie kleine Unternehmen profitieren. Den von der BoC angekündigten Maßnahmen zufolge können Arbeitslose mit einem Immobilienkredit, deren Immobilie einen Wert von 250.000 Euro nicht übersteigt, eine Schonfrist von 15 Monaten beantragen, in der sie monatlich 10 Euro zahlen. Diese Frist kann um weitere 12 Monate verlängert werden, falls der Kunde arbeitslos bleibt. Kunden mit Immobilienkrediten, die 25% ihres Familieneinkommens verloren haben und deren Immobilie einen Wert von 250.000 Euro

nicht übersteigt, können ebenfalls eine 15-monatige Schonfrist beantragen, während der sie 30 Euro pro Monat zahlen. Diese Frist kann auch um weitere 12 Monate verlängert werden, in welcher die Kunden nur die Zinsen bezahlen. Kleine Unternehmen mit Geschäftskrediten, deren Umsatz im Vergleich zum Jahr 2012 um 25% zurückging, können auch eine Schonfrist von 15 Monaten beantragen. Der Wert ihrer Geschäftsräume sollte nicht 250.000 Euro übersteigen. Die monatliche Abzahlung beläuft sich in diesem Fall auf 30 Euro.

Die Federal Bank of Middle East (FBME) veröffentlichte am 30. August eine Erklärung, in welcher die Motive der zypriotischen Zentralbank bei der Übernahme der Kontrolle über die Bank hinterfragt werden. Gleichzeitig wird die Art und Weise, mit der die Kontrolle über die Geschäfte der Bank übernommen wurde, kritisch beleuchtet. Die amerikanische Finanzbehörde hatte die Bank in einem im Juli veröffentlichten Bericht der Geldwäsche beschuldigt. Die FBME lehnte alle Anschuldigungen ab und wies darauf hin, dass die US-Finanzbehörden ihren Bericht ohne Einbeziehung der Bank verfasst hätten.

Fast 20 Unternehmen haben unverbindliche Interessenbekundungen für die staatliche Cyprus Airways abgegeben. Unter den Interessenten befinden sich Aegean Airlines, Ryanair, die rumänische Blue Air sowie das israelische Unternehmen Arkia. Nachdem der Eigentümer von Ryanair, O'Leary, ursprünglich wenig Interesse zeigte, schlug er vor, dass Zypern zu einem Knotenpunkt für Flüge in den Fernen Osten werden könnte. Cyprus Airways ist in

großen finanziellen Schwierigkeiten und musste in letzter Zeit eine Reihe von Vermögenswerten verkaufen. Gleichzeitig ist die Fluglinie im Zentrum einer Untersuchung durch die Europäische Kommission, mit deren Hilfe festgestellt werden soll, ob die zypriotische Regierung die bestehenden Regeln zur staatlichen Förderung verletzt hatte, als sie 2012 ein Rettungspaket in Höhe von 73 Millionen Euro zur Verfügung stellte.

Innenpolitik

Die Einwanderungspolitik der zypriotischen Regierung kam unter scharfen Beschuss, als sechs Asylbewerber auf das Dach des Auffanglagers Menoyia kletterten, um gegen ihren langen Aufenthalt zu protestieren. Die Immigranten, fünf Iraner und ein Afghane, waren bereits 18 Monate inhaftiert und sollten abgeschoben werden. Schon bei früheren Zwischenfällen haben Inhaftierte gegen ihren langen Aufenthalt protestiert. Ombudsfrau Eliza Savvidou hatte bereits im Juni davor gewarnt, dass das Auffanglager Menoyia ein Hochsicherheitsgefängnis geworden sei. Sie bezog sich dabei auf eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen und Missbrauchsfällen.

Der Berater von Präsident Anastasiades, Makarios Drousiotis, fand sich nach der Veröffentlichung seines Buches ‚Die Invasion und die Großmächte: amerikanische Realpolitik und das Doppelspiel der USSR‘ im Zentrum massiver Kritik von Seiten des russischen Botschafters. Drousiotis untersucht in seinem Buch die Rolle der USA und stellt die Frage, ob die USSR immer der standhafte Verbündete war,

als der sie gemeinhin dargestellt wird. Der Botschafter beschrieb das Buch als ‚von niedrigstem wissenschaftlichen Niveau und politisch inakzeptabel‘. Außerdem wird Drousiotis, ein bekannter Journalist und Autor, als Dilettant bezeichnet. Anastasiades hat nach der Veröffentlichung der russischen Botschaft versichert, dass die Erkenntnisse des Autors in keinsten Weise die Ansichten des Präsidenten widerspiegeln und dass ‚die Außenpolitik Zyperns gegenüber traditionellen Verbündeten wie Russland dadurch nicht beeinflusst werde‘.

Außenpolitik

Der Luftwaffenstützpunkt in Akrotiri wird von den britischen Streitkräften während der andauernden Irakkrise für Hilfs- und Erkundungsflüge genutzt. Am 14. August kamen vier Chinook Hubschrauber und drei Tornado-Kampfflugzeuge auf der Basis an. Ihre Aufgabe bestand darin, Erkenntnisse über das Krisengebiet zu gewinnen. Daneben wurden sie auch bei der Lieferung von Hilfsgütern aus Großbritannien an die Jesiden, die vor den Kämpfern des IS (Islamischen Staates) in das Sinjar Gebirge geflohen waren, eingesetzt. Die Ankunft der Chinook Hubschrauber gab Anlass zu Spekulationen über eine bevorstehende Evakuierungsaktion im Irak.

Während eines informellen Treffens der EU-Außenminister am 29. August in Mailand lehnte Außenminister Ioannis Kasoulides neue mögliche Sanktionen der EU gegen Russland ab. Kasoulides zufolge hätten die Sanktionen nicht das erwünschte Ergebnis gebracht. Stattdessen sollten sich die Bemühungen der EU in der

Ukraine-Krise auf Verhandlungen zu einem Waffenstillstand konzentrieren. Die EU und die USA hatten Ende Juli Sanktionen gegen Russland im Energie-, Banken- und Verteidigungssektor angekündigt. Zuvor hatte die EU ihre Sanktionen auf einzelne Personen und Organisationen beschränkt, welche beschuldigt werden, direkt in der Ukraine involviert zu sein. Zypern ist über Sanktionen gegen Russland beunruhigt, da das Land traditionell enge Bindungen mit Moskau als einen Fürsprecher seiner Interessen im UN-Sicherheitsrat hinsichtlich des Zypernproblems pflegt. Außerdem hängt Zyperns Wirtschaft von russischem Kapital und russischen Touristen ab, welche die zweitgrößte Gruppe von Besuchern auf Zypern stellen.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Anzahl der Einzelpersonen und Unternehmen, die in der ‚TRNZ² auf die Liste für ungedeckte Schecks gesetzt wurden, hat sich in dem

² Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Gemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern international als Regierung für die gesamte Insel anerkannt ist, gilt die gesamte Insel als Mitglied der Europäischen Union. Der Acquis communautaire ist jedoch im nördlichen Teil Zyperns so lange ausgesetzt, bis eine politische Lösung für das Zypernproblem gefunden wird (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Zeitraum von 2012 bis 2013 auf 18.119 erhöht. Im Vergleich dazu, lag die Zahl zwischen 2002 und 2007 bei 3.662. In den ersten Monaten dieses Jahres wurden alleine 930 natürliche und juristische Personen auf den Index gesetzt. In der Republik Zypern lag die Zahl im ersten Halbjahr 2014 bei 434.

Die von der Zentralbank der ‚TRNZ‘ veröffentlichten Zahlen für das erste Halbjahr 2014 zeigen, dass die Gewinne im Bankensektor im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 8,88% gestiegen sind und bei 117,7 Millionen Türkischen Lira (41,3 Millionen Euro) lagen.

Ausländische Studenten trugen im Jahr 2013 mit 1.8 Milliarden Türkische Lira zur türkisch-zypriotischen Wirtschaft bei. Dies belegten die Zahlen in dem ‚Bericht zur Wirtschaftslage der TRNZ für das Jahr 2013‘ des Ausschusses für Wirtschaftshilfe der türkischen Botschaft in Nikosia. Derzeit sind dem Bericht zufolge 50.068 ausländische Studenten an den türkisch-zypriotischen Universitäten eingeschrieben, von denen 68% aus der Türkei stammen.

Innenpolitik

Obwohl die Präsidentschaftswahlen erst in einigen Monaten stattfinden, wurde im August heftig über die möglichen Kandidaten spekuliert.

Der ehemalige Bürgermeister von Nikosia, Mustafa Akinci, der bereits als stellvertretender Premierminister diente, verkündete am 20. August als erster offiziell seine Kandidatur. Er wird als unabhängiger Kandidat in die Wahlen

gehen. Er kündigte seine Kandidatur während eines Fernsehauftrittes an, in dem er auch sagte, dass die Zypernfrage gelöst werden könne, wenn beide Seiten von der Notwendigkeit überzeugt seien. Als Beispiel nannte er das Abwassersystem von Nikosia, das aufgrund gegenseitiger Notwendigkeit geschaffen worden sei. Die Gasvorkommen könnten eine ähnliche Dynamik zur Zusammenarbeit zwischen den beiden Bevölkerungsteilen begünstigen und zur Lösung der Zypernfrage beitragen. Er betonte auch, dass er, im Gegensatz zu dem derzeitigen türkisch-zypriotischen Verhandlungsteam, für die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen sei wie beispielsweise die Öffnung der abgeäunten Stadt Varosha und im Gegenzug die Öffnung des Hafens von Famagusta für den internationalen Handel.

Cemal Özyigit, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (TDP) ließ wissen, dass seine Partei die Kandidatur von Mustafa Akinci unterstützen werde. In den Augen der Partei sei Akinci, der einer der Gründungsmitglieder der TDP ist, der richtige Kandidat. Zudem sei er eine Persönlichkeit, die allgemeinen Respekt genieße.

Hüseyin Özgürün, der Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei National Unity Party (UBP) sagte, dass das weitere Vorgehen seiner Partei von der Entscheidung Präsident Eroglu abhängen, erneut zu kandidieren. Sollte sich Eroglu zu einer Wiederwahl stellen, dann werde ihn die UBP unterstützen. Eroglu selber sagte jedoch, dass er vor November keine Stellungnahmen bezüglich dieses Themas abgeben werde.

Für die größte Überraschung am letzten Tag des Augusts sorgte der ehemalige türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mehmet Ali Talat, als er über Twitter wissen ließ, dass er den Generalsekretär der Republican Turkish Party-United Forces (CTP-BG) darüber informiert habe, sich nicht als Kandidat in den Präsidentschaftswahlen aufstellen zu lassen. Einige Tage vor der Bekanntmachung seiner Entscheidung hatte Talat kritisiert, dass der Nominierungsprozess der CTP-BG zu lange dauere. Mit Hinblick auf Talats Entscheidung, deutete der Generalsekretär der CTP-BG an, dass sich Partei immer noch dazu entschließen könnte, Talat zu nominieren.

Zu Beginn des Monats verlor die CTP-BG, die sich bereits aufgrund des Wahlausgangs der Kommunalwahlen in einem Zustand des Aufruhrs befand, einen weiteren Sitz im Parlament, als Abbas Sinay, der Abgeordnete für Kerynia seinen Rücktritt aufgrund von Problemen innerhalb der Partei einreichte. Sinay trat jedoch nicht aus der Partei aus. Berichten zufolge ist dies das erste Mal, dass ein Abgeordneter seinen Rücktritt einreichte. Nach Sinays Ausscheiden fiel die Anzahl der CTP-BG Sitze im Parlament auf 20.

Am 20. August informierte der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Dervisch Eroglu den Volksrat, der sich aus Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften zusammensetzt, über die neuesten Entwicklungen bei den Vereinigungsverhandlungen. Eroglu sah es als notwendig an, den Rat nach der Ernennung des neuen Sondergesandten durch den UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zu

informieren. Nachdem Eroglu betont hatte, dass die Verhandlungen schleppend vorangingen aufgrund der Weigerung der griechischen Zyprioten, die in der Vergangenheit ausgehandelten Konvergenzen zu akzeptieren, sagte der Volksgruppenvertreter, dass die türkisch-zypriotische Seite dagegen sei, die Verhandlungen bei null zu beginnen.

Informationen des türkischen Obersten Wahlausschusses zufolge, haben von 92.171 im Norden registrierten türkischen Staatsbürgern nur 11.144 (12,09%) an den türkischen Präsidentschaftswahlen teilgenommen. 6.058 der abgegebenen Stimmen gingen an Erdogan, während Ekmeleddin Ihansoglu und Selahattin Demirtas 4.089 bzw. 897 Stimmen erhielten. Insgesamt gaben nur 232.795 der 2.798.726 im Ausland registrierten Wähler ihre Stimmen ab. Die online-Anmeldung und die geringe Anzahl von Wahllokalen sollen die Hauptgründe für die mangelnde Bereitschaft der im Ausland lebenden Türken gewesen sein, sich an der Wahl beteiligen.

Nach der Auswertung des türkischen Wahlergebnisses sagte Talat, dass er nach der Wahl Erdogans keine Änderung in der Politik der Türkei gegenüber Zypern erwarte. Die türkische Politik habe sich gewandelt, nachdem im Jahr 2002 die Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) an die Macht kam. Seines Erachtens nach werde Erdogan diese Politik weiterverfolgen.

5. FES Zypern Veranstaltungen

September

Donnerstag, 18. September 2014 16:30-18:00

Deutsche Botschaft / Goethe Institut / FES

Deutschland und Zypern in einer sich wandelnden EU

Diskussion mit dem deutschen Staatsminister für europäische Angelegenheiten, Herrn Michael Roth und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages, Herrn Manuel Sarrazin und Herrn Heinz-Joachim Barchmann

Goethe-Institut Zypern, Nikosia
(in der UN Pufferzone neben dem Ledra Palace)
Öffentliche Veranstaltung



Freitag 26. September 2014 18:30-22:00

Samstag 27. September 2014 9:30-20:00

GOETHE / UCY / FES

Konferenz

The First World War and Cyprus

University of Cyprus, Nikosia
(Old Campus, Great Hall, Kallipoleos Str.)
Öffentliche Veranstaltung



Oktober

Donnerstag 23. Oktober 2014
PCC / FES

Konferenz

Economic Crisis and Democratic Deficits in Southern Europe (2009-2014)

Home for Cooperation (in der UN Pufferzone),
Nikosia
Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis Charalambous, Sophia Papastavrou und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com